

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpt., bei Lieferung frei Haus 55 Rpt. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschrefteller: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Silberdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. V. XII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 21

Mittwoch, den 26. Januar 1938

90. Jahrgang

Die italienischen Südamerikaflieger am Ziel

Zwei Maschinen in Rio de Janeiro gelandet — Anerkennung Mussolinis

Rio de Janeiro. Am Dienstag um 20.03 Uhr MES sind Oberst Biseo und Oberleutnant Bruno Mussolini auf ihren Südamerika-Geschwaderflug in der brasilianischen Hauptstadt glatt gelandet. Hauptmann Moscatelli mußte zur Behebung einer leichten Propellerstörung eine Zwischenlandung in Natal (Brasilien) vornehmen.

Den Ueberwindern des Südatlantik wurde von einer großen Menschenmenge, unter der die italienische Kolonie sehr stark vertreten war, ein begeistert empfangen bereitet. Für die Landung waren von brasilianischen Militärfliegern sämtliche Vorkkehrungen getroffen.

390 Stundenkilometer Durchschnitt

Der erste Transocean-Geschwaderflug Europa-Südamerika, oder genauer gesagt Rom-Rio de Janeiro, kann als ein neuer großer Erfolg der italienischen Militärfliegerei gebucht werden. Die drei C 79-Bomber, die bereits vor drei Jahren in Dienst gestellt worden, haben sich ebenso wie bei dem Flugzeugrennen Ostes-Damaskus-Paris, wo sie bekanntlich die drei ersten Plätze belegten, auch bei dieser noch schwierigeren Probe glänzend bewährt.

Die Maschinen von Oberst Biseo und Oberleutnant Bruno Mussolini haben die zweite Etappe von Dakar über den Südatlantik bis zur brasilianischen Hauptstadt in etwa 14 Stunden bewältigt und so über eine Strecke von 5350 Kilometer den hervorragenden Durchschnitt von rund 390 Stundenkilometern erzielt.

Die kleine Propellerstörung an dem Flugzeug des Hauptmanns Moscatelli und die damit verbundene Unterbrechung in Natal an der Nordküste von Brasilien kann diesen neuerlichen Triumph keineswegs beeinträchtigen. Italien darf auf seine dank

der zielbewußten Führung durch Mussolini zu hervorragender Leistungsfähigkeit gelangte Militärfliegerei im besonderen auf diese jüngsten Erfolge mit Recht stolz sein.

Die Anerkennung Mussolinis

Einem um 1.15 Uhr durch die Agenzia Stefani verbreiteten amtlichen Kommuniqué zufolge sind die von Oberst Biseo und Oberleutnant Mussolini geführten Flugzeuge auf ihrem Transoceanflug um 22.45 Uhr in der brasilianischen Hauptstadt eingetroffen. Trotz heftigen Gegenwindes und zeitweiligen Sturmes über dem Atlantik bewältigten sie die 5350 Kilometer lange Strecke Dakar-Rio de Janeiro in 13 Stunden 35 Minuten mit einem Durchschnitt von 390 Stundenkilometern.

Oberst Biseo und Oberleutnant Mussolini haben somit die rund 10 000 Kilometer lange Strecke Rom-Rio de Janeiro in 39 Stunden 17 Minuten bei einer Flugzeit von 24 Stunden 20 Minuten zurückgelegt.

Hauptmann Moscatelli, der am Dienstag fast während des ganzen Fluges über dem Atlantik infolge Beschädigung eines Propellers nur mit zwei Motoren fliegen konnte, ist auf Befehl des Geschwaderführers Oberst Biseo um 19.19 Uhr in Natal gelandet und wird am Mittwoch vormittag seinen Flug nach Rio de Janeiro fortsetzen.

Der italienische Regierungschef hat den erfolgreichen Fliegern in einem Telegramm nach der brasilianischen Hauptstadt seine besondere Anerkennung ausgesprochen.

Auch der Staatssekretär des Luftfahrtministeriums, Fliegergeneral Valle, und Parteisekretär Minister Starce übermittelt den Befragungen der drei Maschinen Glückwunschtelegramme.

Zur Außenfrage erklärte der Ministerpräsident, daß sie in Polen ein Kampf gegen die Ueberbevölkerung und ein Kampf gegen den Mangel an Brot sei. Der Ministerpräsident beurteilte verschiedene Vorgänge im Kampf gegen die Juden des letzten Jahres, erklärte aber, daß die Juden der Wahrheit nicht in die Augen sehen wollten. Der Ministerpräsident wandte sich entschieden gegen die Einmischung der Juden in die inneren wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten Polens. Diese Einmischung erfolge oft in einem aggressiven und arroganten Geist und sei keineswegs geeignet, das polnische Volk und die polnische Regierung zu beruhigen. Die polnische Regierung werde in allen Fragen der Minderheitenpolitik weiter den Weg des Wohlwollens gehen, den Weg gleicher Rechte für alle Bürger des Staates.

Gegen die wirklichen Feinde

Tschechische Agrarpartei für Zusammenarbeit mit dem Reich. Die tschechische Agrarpartei, die größte tschechische Regierungspartei, veranstaltete in Prag eine Versammlung unter dem Schlagwort: „Kampf oder Zusammenarbeit?“ Die Hauptrede hielt der Vorsitzende der Partei, Abgeordneter Beran. Anwesend waren der Kriegsminister, der Landwirtschaftsminister und der Innenminister. Der Redner betonte die Notwendigkeit einer Verständigung mit der Substantenpartei und wandte sich auf das schärfste gegen Kommunisten und Emigranten.

In entschiedener Weise wies er auch die Angriffe der tschechischen liberalen Partei zurück, die ihn des Nationalsozialismus, des Rassismus, ja, sogar des Neuhidentums beschuldigt hätten.

Selbstverständlich sei die tschechische Agrarpartei nach wie vor für die Zusammenarbeit mit allen Nachbarn, sagte Abgeordneter Beran, insbesondere mit dem Deutschen Reich. Eine der Voraussetzungen sei, daß der Einmischung der Emigranten in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten ein Ende gemacht werde. Beran erinnerte daran, wie viele Blätter die Emigranten der Tschechoslowakei gegen die Nachbarstaaten herausgegeben hätten. Gerade deshalb begrüße er die Vorkehrungen des Innenministers gegen eine neue Emigration aus Rumänien. Ebenso energisch müsse die Einmischung der Emigranten in die Kulturinstitutionen der Tschechoslowakei abgeschafft werden, besonders in bezug auf die Schaubühnen und Filme, aber auch auf die Presse. Gerade in der Presse sei die Tätigkeit der Emigranten mehr als gefährlich. Das gelte auch für die sogenannte „habhamitische deutsche Presse“ in der Tschechoslowakei und für eine Reihe von subventionierten und nichtsubventionierten Korrespondenzen. Mit Haß erfüllte Artikel gegen die Nachbarn werden nur die Staatsinteressen schädigen.

Die Entwicklung zeige, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich sehr wichtig sei. Die Ausfuhr nach Frankreich und Sowjetrußland sei hingegen unbefriedigend. Die Tschechoslowakei wäre dumm, wenn sie ihre großen Nachbarn herausfordere oder sich als Werkzeug gegen sie mißbrauchen lasse.

Griffenlos geworden

Schädigung österreichischer Staatsbürger in der Tschechei. In Prag wird der Chef der Rechtsabteilung des Bundeskanzleramtes, Generalkonsul Schwagula, mit der tschechoslowakischen Regierung wegen der durch das Staatsverteidigungsgesetz erfolgten Schädigung von österreichischen Staatsbürgern verhandeln.

Das „Neuigkeitsweltblatt“ teilt im einzelnen dazu mit, durch das erwähnte Gesetz werde nicht nur die Erwerbsmöglichkeit der in der Tschechoslowakei ansässigen Österreicher außerordentlich eingesenkt, sondern sogar das Eigentumsrecht an Häusern und Grundstücken in Frage gestellt.

Besorgnis vor Bastardierung

Senatsobstruktion gegen Gleichberechtigung der Reger. In amerikanischen Senat führen die Vertreter der Südstaaten seit drei Wochen einen leidenschaftlichen

Besuch Gauleiters Bohle in Budapest

Besichtigung römischer Ausgrabungen

Budapest. Staatssekretär Gauleiter Bohle besichtigte am Dienstag vormittag die römischen Ausgrabungen bei Gran und kehrte in den Mittagsstunden wieder nach Budapest zurück.

Zu Ehren des Staatssekretärs gab Mittags der stellvertretende Außenminister Baron Apor in dem einer Vorstadt Budapest gelegenen Staatlichen Kellerei von Budapest ein Frühstück. Daran nahmen teil der österreichische Gesandte Baron Baarenfels, der italienische Geschäftsträger Fontana, die Staatssekretäre des Ministerpräsidenten, des Innen-, Kultus- und Justizministeriums, der deutsche Gesandte v. Erdmannsdorff, der Landesreisleiter der NSDAP, Konsul Graeb, und die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft.

Zweifel wurden zerstreut

Würdigung der Bohle-Rede in der ungarischen Presse. Die Rede des Staatssekretärs Gauleiters Bohle wurde in der Budapest Abendpresse in ihrer gesamtpolitischen Bedeutung und Tragweite gerade für die endgültige Vereinigung und Klärung der in der ungarischen Öffentlichkeit seit langem erörterten Fragen besonders hervorgehoben.

Das Regierungsblatt „Esti Ujsag“ schreibt, es herrsche allgemein die Auffassung, daß nunmehr endgültig alle Unklarheiten in der Frage Auslandsdeutschtum und Volksdeutschtum beseitigt seien. Seit Jahren habe man bis zum Ueberdruß lärmende und verworrene Gerüchte über eine angebliche „pangermanistische Gefahr“ in Budapest gehört. Unter diesem Schlagwort und Deckmantel verberge sich eine schamlose Heze des Judentums gegen Deutschland.

Das „Acht-Uhr-Blatt“ des Grafen Bethlen widmet der Persönlichkeit des Staatssekretärs Bohle warme Worte. Bohle habe endgültig jeden Zweifel, jedes Mißverständnis und jedes Mißtrauen gegenüber der deutschen Haltung ein für allemal zerstreut.

Ostjüdische Invasion

Wie Oesterreich die Zuwanderung bekämpfen will. Als erste Maßnahme Oesterreichs zur Bekämpfung

der ostjüdischen Zuwanderung ist ein Gesekentwurf über die Verbesserung der Einwohnerverzeichnisse ausgearbeitet worden. Während bisher in den Einwohnerlisten nur österreichische Staatsbürger geführt wurden, wird nach Durchführung dieses Gesetzes ohne Rücksicht auf die Staatszugehörigkeit jede Person verzeichnet sein müssen, wodurch eine genaue Kontrolle der Fremdenbewegung ermöglicht wird. Zu dieser Maßnahme soll dann noch ein Fremdengesetz kommen, das jeden über drei Monate dauernden Aufenthalt eines Ausländers in Oesterreich an eine amtliche Erlaubnis knüpft.

Inzwischen werden die Stimmen, die eine völlige Ab-sperrung vor der Judenemwanderung fordern, immer dringender. So erklärt das offizielle Organ des österreichischen Gewerbetundes, „Wiener Gewerbe“, daß die Beschränkungen wegen der drohenden Invasion rumänischer Juden nach Oesterreich sich leider als gerechtfertigt erwiesen hätten. In der inneren Stadt und insbesondere im Bezirk Leopoldstadt seien in den letzten Tagen zahlreiche rumänisch sprechende Juden gesichtet worden, die offenbar mit gefälschten Pässen nach Wien gekommen sind. Der Aufsatz schließt mit der dringenden Bitte an die staatlichen Stellen, möglichst rasch zuzugreifen, da Gefahr im Verzug sei.

Polens Minderheitenpolitik

Warnung des Innenministers vor Haß und Unzuldsamkeit. Im Haushaltsausschuß des Sejm behandelte der polnische Ministerpräsident und Innenminister Skladkowski die verschiedenen Fragen der polnischen Innenpolitik, besonders die Frage der nationalen Minderheiten.

Von der Einstellung des polnischen Volkes zu seinen Minderheiten hänge in einem erheblichen Ausmaß das Schicksal Polens ab. Alle Aeußerungen des Hasses und der Unzuldsamkeit den Minderheiten gegenüber halte er für einen schweren Fehler, der sich früher oder später an Polen rächen werde.

Es wäre unwürdig für die polnische Nation, so erklärte er weiter, auf dem Wege der Rechtsordnung den Minderheiten das Leben zu erschweren, denn das polnische Volk müsse mit den Minderheiten zusammenleben. Das Wirtschaftswohl habe die Pflicht, im Namen des Staates Ruhe und Gleichgewicht zu wahren; allerdings müßten sich auch die Minderheiten loyal verhalten. Die Regierung werde unveränderlich über sämtliche Konflikte zwischen der Mehrheit und der Minderheit stehen.

